Abonnements
werden bei allen schweizerischen Postbureaux, sowie beim Verlag und dessen bekannten Agenten entgegengenommen, und zwar zum
voraus zahlbaren
Vierteljahrspreis von:
Fr. 2.— für die Schweiz (Kreuzband)
Mk. 2,— für Deutschland (Couvert)
fl. 1,70 für Oesterreich (Couvert)
Fr. 2,50 für alle übrigen Länder des Weltpostvereins (Kreuzband).

Inserate
die dreigespaltene Petitzeile
25 Cts. — 20 Pfg.

Der Sozialdemokrat

Organ der Sozialdemokratie deutscher Zunge.

Erscheint
wöchentlich einmal
in
Zürich (Schweiz).

Verlag
der
Volksbuchhandlung
Hottingen-Zürich.

Postsendungen
franko gegen franko.
Gewöhnliche Briefe
nach der Schweiz kosten
Doppelporto.

№ 12. — Briefe an die Redaktion und Expedition des in Deutschland und Oesterreich verbotenen „Sozialdemokrat" wolle man unter Beobachtung äußerster Vorsicht abgehen lassen. In der Regel schicke man uns die Briefe nicht direkt, sondern an die bekannten Deckadressen. In zweifelhaften Fällen eingeschrieben. — 17. März 1888.

Parteigenossen! Vergeßt der Verfolgten und Gemaßregelten nicht!

Zur rechtzeitigen Kenntnißnahme.

Bei Quartalschluß

müssen sämmtliche Briefabonnements

baar vorausbezahlt werden.

Belastungen auf Conto-Inhaber finden also nicht statt.

Allen Bestellungen auf direkte oder indirekte Briefliefer ung ist ohne jede Ausnahme die volle Baarzahlung beizulegen.

Alle nicht ausdrücklich wiederbestellten Brief-Abonnenten werden mit Nr. 14 gesperrt.

Ersatz für Versandtverluste liefern wir nur gegen Einsendung des Porto bei Reklamation.

Wo anderweitige Bezugsgelegenheit geboten ist sind Briefabonnements unzulässig.

Abonnements für die Schweiz
erheben wir per Nachnahme, wenn Zahlung nicht mit jedem Quartalbeginn vorausgeleistet ist.

Einzel-Kreuzbandsendungen ins Ausland
sperren wir mit Quartalsablauf, sofern Neubestellung und Geld bis dahin ausbleiben.

Die Expedition des „Sozialdemokrat".

Zum achtzehnten März.

Die Umstände, welche die Wiederkehr des Gedenktages der Märzrevolution des Jahres 1848 diesmal begleiten, fordern ganz besonders dazu heraus, die damaligen Vorgänge auf's Neue unserem geistigen Auge vorzuführen. Soweit es der Raum dieses Blattes gestattet, wollen wir es hiermit thun, und zwar an der Hand eines Buches, das vor etwa neun Jahren in Deutschland erschienen ist, aber damals — es war die erste Zeit unter dem Sozialistengesetz — nicht die Würdigung erfahren hat, die es zweifelsohne verdient. Wir meinen die vortreffliche Schrift: „Robert Blum. Eine biographische Skizze."

Dort lesen wir im zweiten Theil:

„Wir stehen vor „1848", dem „tollen Jahr".

„Toll" oder nicht „toll", es war ein epochemachendes Jahr, ein Jahr der „Weltwende", wenn auch nicht einer so gründlichen wie 1789, — und auch die „Tollheit" will studirt sein, bietet sogar der Wissenschaft bekanntlich tiefere Einblicke als der normale Geisteszustand. Und es gibt eine Tollheit, die nur hochgesteigerte Geistesthätigkeit ist.

Das Jahr 1848 ist nicht vom Monde heruntergefallen, es schließt sich naturgemäß und in aller Ordnung den Jahren 1847, 1846 und so weiter an, und die Ereignisse des Jahres 1848 sind ebenfalls nicht vom Monde gefallen, wie man nach den Aeußerungen gewisser Leute vermeinen sollte, sondern ganz naturgemäß und in aller Ordnung organisch aus den Verhältnissen herausgewachsen, und schließen sich fest und organisch an die Ereignisse der vorhergehenden Jahre an.

„Daß es „nicht mehr lang so fortgehen könne", war in der vor-achtundvierziger Zeit allgemeiner Glaube und allgemeine Rede. Das alte Europa der Wiener Kongreßakte war recht alt und gichtbrüchig geworden. Man brauchte keinen außerordentlichen Scharfblick zu besitzen, um auf dem Antlitz die facies Hippocratica, das Hippokratische Todesgesicht zu erkennen.

Es wackelte und knackte in allen Fugen.

Louis Philipp, der große Bürgerkönig in Frankreich, welcher der Welt viele Jahre lang als ein unvergleichlicher und unfehlbarer Staatsmann gegolten hatte, verrieth durch gar manche Unterlassungs- und Begehungssünde, daß entweder das Bewußtsein der Sicherheit oder die Sicherheit des Bewußtseins ihm abhanden gekommen war: sein Prestige nahm zusehends ab, und die schamlose Korruption, welche er, theils aus Neigung, theils aus Berechnung, systematisch gepflegt hatte, wurde in skandalösen Prozessen enthüllt, welche das moralische Ansehen der Julimonarchie vollständig zerstörten. Die Oppositionselemente — in Frankreich stets mit der Revolution im Hintergrunde — wurden von Tag zu Tag stärker und kühner, und Jedem, der die Bewegung genauer verfolgte und mit der französischen Geschichte und dem Nationalcharakter des heißblütigen, in der europäischen Staatenuhr die „ewige Unruhe" darstellenden Volks irgend vertraut war, mußte die Ueberzeugung sich aufdrängen, daß eine Katastrophe herannahte.

Es gährte überall. Und krachte an verschiedenen Orten „von unten auf"....

In der Schweiz war das Maß der Jesuiten endlich voll geworden. Die freisinnigen Kantone konnten die Verdummungswirthschaft nicht länger ansehen, und als die Jesuitenanhänger endlich soweit gingen, die sieben Kantone, in denen sie die Oberhand gewonnen, zu einem Sonderbund zu vereinigen (derselbe enthielt die drei Urkantone: Schwyz, Uri und Unterwalden, sowie Luzern, Zug, Freiburg und Wallis), da war es für Jeden klar geworden, daß es sich um die Existenz der Eidgenossenschaft handelte und daß, wenn man die Eidgenossenschaft erhalten wollte, der Sonderbund aufgehoben werden mußte.

Mit Freischaarenzügen war es nicht zu machen, davon hatten sich die Schweizer Demokraten überzeugt — es galt die verfassungsmäßigen Gewalten selbst und durch sie die ganze Macht der nicht in den Banden der Jesuiten befindlichen Eidgenossenschaft in Bewegung zu setzen. Man ging ans Werk. Und es gelang."

„Im Hochland fiel der erste Schuß!"

Und in Frankreich fiel bald der zweite. Das Juli-Königthum, die Herrschaft der bürgerlichen Finanzwelt unter dem Bürgerkönig Louis Philipp, hatte gründlich abgewirthschaftet. Die Korruption, die es gezeitigt, hatte die Opposition der Volksmassen, auf deren Kosten die bevorrechteten Klassen sich in schamloser Weise bereicherten, herausgefordert, sie wollten ihre Stimme, ihren Protest geltend machen und verlangten Reformen — vor allen Dingen des Wahlrechts. Die Regierung, Louis Philipp und sein Minister Guizot, wollten nichts davon wissen, es kam zu Demonstrationen und im gegebenen Moment, am 23. Februar, Abends 9 Uhr, wurde die Reformbewegung zur Revolution. Das Pulverfaß war geladen, und der, wahrscheinlich unabsichtlich abgefeuerte Schuß eines Soldaten brachte es zur Explosion. Der 24. Februar sah Louis Philipp auf der Flucht und Frankreich als Republik.

Die Thatsache wirkte „wie ein Blitzschlag, der die Regierungen lähmte und die Völker aus dem Schlafe erweckte."

„In Deutschland war die Aufregung, die Begeisterung unbeschreiblich. Bisher war es nur ein geringer Bruchtheil der Bevölkerung gewesen, der sich am politischen Leben betheiligte. Jetzt war die ganze Nation in den Strudel der Politik gerissen. Als die ersten Nachrichten — man hatte damals noch den Windmühlentelegraphen, der sehr wortkarg und langsam war — aus Paris eintrafen, war Deutschland wie gebannt, man ahnte sofort eine Katastrophe. Das Vertrauen auf die sprichwörtliche Klugheit Louis Philipp's verminderte das Vertrauen auf einen Sieg. Man schloß, nicht ohne eine gewisse Logik, daß, wenn es unter einem so klugen Manne zum Aufstand kommen könne, die Lage verzweifelt sein müsse.

Und als dann die Nachricht vom Siege des Volks, von der Proklamirung der Republik und der Einsetzung einer provisorischen Regierung eintraf, da war unter all den verschiedenen Elementen, welche die „Opposition" bildeten, des Jubels kein Ende, und der Jubel erfaßte auch die Volksmassen. . .

Wenn damals in Deutschland die Republik nicht eingeführt wurde, so ist das nicht, wie man vielleicht behauptet hat, der größeren Widerstandskraft der Regierungen zuzuschreiben — die im Gegentheil eher geringer war als die des Bürgerkönigthums —, sondern einzig und allein dem Umstand, daß der republikanische Gedanke in den Massen keine Wurzeln hatte. Man muß mit den irrigen Vorstellungen brechen, die man in Bezug auf diesen Punkt von links und von rechts lange genährt hat."

Ueberhaupt fehlte es in Deutschland an bestimmten organisirten Parteien mit ausgearbeiteten Parteiprogrammen.

„Man hatte gewisse gemeinsame Phrasen und Schlagwörter (Einigkeit und Freiheit des Vaterlandes, Preßfreiheit, verfassungsmäßige Regierung u. s. w.), bei denen sich Jeder etwas Anderes dachte, vorausgesetzt, daß er überhaupt etwas dachte, und die so lange gemeinsame Phrasen blieben, als es nicht an die Verwirklichung ging. Im Moment, wo die Phrasen in Thaten und Staatseinrichtungen umgesetzt werden sollten, wo also die Praxis begann, mußten die Phrasen ihren Werth verlieren, hörten sie auf, das einigende Band zu bilden, und machten die bisher verhüllten Gegensätze sich geltend. Dem Märzrausch, der allgemeinen Einigkeit in den Flitterwochen der „Revolution" mußte der Katzenjammer, der Zwiespalt, die Enttäuschung auf dem Fuß folgen. . .

Es erging Deutschland wie einem Kind, dem die Mutter sagt: Wünsche Dir was Du willst zum Mittagessen, Du sollst es haben! und das dann vor lauter Wünschen zu keinem bestimmten Wunsch kommt.

Widerstand gab es nicht. Jeder präzisen Volksforderung — wohl gemerkt Volksforderung — war die Erfüllung gewiß. Aber noch unglücklicher als jenes Ehepaar in dem Märchen, dem eine neckisch gutmüthige Fee drei Wünsche verheißen hatte, kam der deutsche Michel in seiner Perplexität nicht einmal zu einer Bratwurst."

Zunächst ergriff die Bewegung die Rheinlande, Süd- und Mittel-Deutschland, dann griff sie nach Wien über und verjagte am 13. März den seit dreißig Jahren unermüdlich „die Hydra der Revolution ausrottenden" Metternich.

Und endlich krachte auch in Berlin das alte System. Die Thronrede, mit der Friedrich Wilhelm IV. am 6. März den „Vereinigten Landtag", eine Zusammenknetung der vorsündfluthlichen Provinzialvertretungen, nach Hause geschickt, und in der er die Februarrevolution möglichst ignorirte, hatte böses Blut gemacht, und die berühmten Massenversammlungen in den Zelten begannen. Eine am 7. März beschlossene „allgemeine Adresse", welche Preß- und Redefreiheit, freies Versammlungsrecht, Amnestie, Einberufung eines deutschen Parlaments und des Vereinigten Landtags 2c. verlangte, wurde abschlägig beschieden, was die Erregung noch steigerte. Am 13. und 14. März kam es sogar bereits zu Reibungen mit dem Militär.*)

Folgen wir nun wieder der Darstellung der obgenannten Schrift:

„Die Demonstrationen werden leidenschaftlicher; die Reibungen zwischen Soldaten und Volk heftiger.

Die Regierung scheint zu ignoriren, was um sie her vorgeht. Bodelschwingh sagt am 17. März zu dem russischen Gesandten: „Schreiben Sie getrost nach Petersburg, in Berlin ist die Sache abgemacht."

Und so geschah es auch. Am Tag, wo Bodelschwingh dies sagte, wurde die Zensur aufgehoben, und am 18. März Morgens erschien das Königliche Patent, welches den Vereinigten Landtag auf den 2. April berief.

Am 18. März 1848.

Der König war in der besten Laune. Einer Deputation aus Köln erklärte er, er werde sich an die Spitze der deutschen Bewegung stellen; und eine Berliner Deputation wurde ebenfalls auf das Huldreichste empfangen.

Und draußen — als die Nachricht von der Abschaffung der Zensur und von dem unmittelbaren Zusammentritt des Landtags bekannt wurde, bemächtigte sich tiefe Freude des Volkes, der Jubel war grenzenlos, Abends sollte die Stadt illuminirt werden.

Am 18. März 1848.

Ein Jubeltag, ein Freudentag dieser 18. März 1848 für Volk und Regierung.

Es kam anders.

Man soll den Tag nicht vor dem Abend loben — oder auch schelten — je nachdem.

Der Jubel wurde zum Born schweren Leides. Das heitere Festspiel lief aus in eine furchtbare Tragödie. Die Weltgeschichte zeigt kaum einen zweiten ähnlichen Umschlag, einen so tragischen, schicksalsschwangeren Umschlag.

Das Volk in seiner Freude will dem König danken. Zum Theil im Feiertagskleid zieht es am Nachmittag gegen 2 Uhr vor das Schloß. Jubel drückt sich in jedem Laut aus, Zufriedenheit auf jedem Gesicht.

Da reiten plötzlich Dragoner aus einer benachbarten Straße hervor gegen das Volk, das sich verblüfft, bestürzt zurückstaut — eine Abtheilung Soldaten rückt mit gefälltem Bajonnett aus dem Schloßhofe. Zwei Schüsse fallen.

Was ist das?

Es waren keine blinden Schüsse, denn sie hatten getroffen. Und die geschwungenen Säbel der Dragoner waren geschliffen.

Verrath! Die Konzessionen eine Falle! Verrath! Zu den Waffen!

So entrang es sich aus tausend und abertausend Kehlen. Wilder Zorn hatte den Jubel verdrängt, die Menge, welche gekommen war, dem König zu danken, stäubte auseinander mit Wuthgeschrei und mit dem Entschluß, den Verrath zu rächen.

Die zwei Schüsse um 2½ Uhr Nachmittag des 18. März vor dem Schloß in Berlin haben eine verhängnißvolle Aehnlichkeit mit dem Schuß um 9 Uhr am Abend des 23. Februar vor dem Palais Guizot's in Paris.

Es war der Wendepunkt.

Das Verhängniß ließ sich nicht mehr aufhalten.

Und im Schloß? Wer hat diesen Dragonerangriff verschuldet, wer diesen Infanterieausfall kommandirt? Es gibt nur Vermuthungen.

Der König war außer sich. Es ist nur ein Mißverständniß, suchte man dem Volk zu bedeuten.

Zu spät!

Verständigung war nicht mehr möglich.

Der Kampf begann. Die Stadt bedeckte sich mit Barrikaden, die tapfer vertheidigt wurden. Dem Volk fehlten Führer — doch es hatte den militärischen Instinkt und operirte mit großem Geschick.

Hernach hieß es, „Juden, Franzosen, Polen, Fremdlinge, eine Rotte Bösewichter" hätten den 18. März veranstaltet — das ist eine alberne Verleumdung: am 18. März kämpfte Berlin — Bürger und Arbeiter, Schulter an Schulter. Und zu einer Organisation, ohne die eine solche „Veranstaltung" doch nicht möglich, haben es die deutschen Demokraten 1848 nicht einmal nach dem Sieg gebracht, geschweige denn vorher, wo es noch gar keine Demokraten gab. —

Man kämpfte von beiden Seiten mit großer Erbitterung. Das Militär, auf's Aeußerste gereizt, tödtete Gefangene, mißhandelte andere. Das schüchterte aber nicht ein, sondern stachelte nur auf.

Der Kampf dauerte den Abend und die Nacht. Die Truppen nahmen zwar einige Barrikaden, drangen hier und da vor, hatten im Ganzen jedoch keinen Erfolg. Der Gewinn an Terrain wurde durch die vermehrte Intensivität des Widerstandes doppelt und dreifach aufgewogen.

Die Militärpartei sah, daß sie das Spiel nicht gewinnen könne; der König, hin und herschwankend, von den widersprechendsten Gefühlen bewegt, ließ am Morgen des 19. das Zeichen zum Einstellen des Feuers geben."

Damit war der Kampf zu Ende, das Volk fühlte sich als Sieger. Es verlangte die Entfernung der Truppen aus der Stadt; sie wurde verweigert, aber einige Stunden darauf freiwillig vollzogen. Es forderte die Volksbewaffnung, sie wurde gewährt. Es zwang den König, den Leichen der gefallenen Barrikadenkämpfer zu huldigen, er that es, zitternd und bleich. Es hätte die Republik proklamiren können, ohne auf Widerstand zu stoßen. Aber das lag nicht in seinem Willen, es verlangte nur Freiheit, Befreiung von den Fesseln des bisherigen Absolutismus und politische Anerkennung, und die hatte es, wenigstens vorläufig, errungen.

Und wenn auch nach verhältnißmäßig kurzer Zeit, Dank der politischen Unfähigkeit des liberalen Bürgerthums, dem die Führung der Volksbewegung zugefallen war, und bei dem zurückgebliebenen Stand der Industrie und damit des Industrieproletariats zufallen mußte, die Reaktion wieder die Oberhand bekam, so gelang es derselben trotz aller Anstrengungen nicht, Alles zu beseitigen, was der März geschaffen, Alles wiederherzustellen, was der März beseitigt.

Seit den Märztagen des Jahres 1848 existirt ein politisches Bewußtsein im deutschen Volke, das zeitweise in den Hintergrund gedrängt, in falsche Bahnen geleitet, nie aber mehr unterdrückt werden kann. Immer weitere Kreise erfaßt es vielmehr und zieht sie ins öffentliche Leben; ohne die Märzerhebung des Jahres 1848 wäre die deutsche Arbeiterbewegung nicht das geworden, was sie heute ist.

Und wenn das deutsche Bürgerthum, im Gefühl seiner politischen Schwäche, die Erinnerung an den „Völkerfrühling" heute ebenso ängstlich scheut, wie der Philister die Erinnerung an seine Jugendthorheiten, die bei gesunden Naturen doch zugleich Beweise zu sein pflegen von überschäumender Jugend-

---

*) Daß es an diesem Tage nicht schon zu ernsthaftem Blutvergießen kam, daran ist die damalige Militärpartei unschuldig. In der 1851 im Verlag von Gustav Hempel in Berlin erschienenen „Darstellung der Berliner Bewegungen im Jahre 1848" von Ad. Wolff lesen wir S. 196:

„Als am 14. März Militärabtheilungen vor dem Schlosse aufgestellt waren, gegen welche die sich bald sammelnden Volkshaufen in laute Verwünschungen ausbrachen, und gegen die sich bald aus dem Haufen Drohungen erhoben, ließ der General v. Pfuel vor den Augen der Umstehenden die Gewehre laden, verhinderte jedoch, daß auf die Menge gefeuert wurde. Da trat der Prinz von Preußen, der sich in der Nähe befand, auf den General zu, machte ihm unwillig Vorwürfe darüber, „daß er die Garde demoralisire" und nannte das Benehmen des Generals „indigno". Dieser begab sich sofort zum Könige und erklärte, „daß er in Folge solcher Beleidigungen sich genöthigt sähe, sein Amt als Gouverneur in die Hände des Königs zu legen."

kraft, so hält die deutsche Arbeiterklasse das Andenken an die Märztage, da ihre ersten Streiter in die Arena des öffentlichen Lebens traten, unentwegt hoch, und Arbeiter und Anhänger der Arbeitersache werden es sein, welche die Gräber der Märzgefallenen mit frischen Blumen schmücken werden. Die Arbeiterklasse schämt sich ihrer begangenen „Sünden“ nicht, sie hat ihre Ideale vor sich liegen und fühlt die Kraft in sich, wenn es nöthig sein sollte, für ihre Erreichung den Kampf mit einer ganzen Welt aufzunehmen.

— — — — — — — — — — — —

Der 18. März ist auch der Gedenktag der Pariser Kommune des Jahres 1871. So große Wirkung dieselbe zu ihrer Zeit und noch lange Jahre hindurch auf die Arbeiterbewegung aller Länder hatte, so erscheint sie uns doch heute nur noch als eine Episode in dem großen Emanzipationskampf des modernen Proletariats. Eine furchtbare, erschütternde Episode, aber immerhin nur eine Episode. Das heroische Beispiel ihrer Kämpfer hat Tausende zum gleichen Opfermuth, zur freudigen Hingebung an die von ihnen verfochtene Sache entflammt; die unter dem Beifallsgejohle der herrschenden Klassen aller Länder an ihr verübte blutige Repression Tausenden und Abertausenden geoffenbart, wessen sich das kämpfende Proletariat von seinen Gegnern zu gewärtigen hat. Aber sie hat dem Kampf der Arbeiterklasse keine neuen Bahnen eröffnet, ihm keine neue Parole gegeben. Die Bewegung ist über sie hinweggegangen, gegenüber den Programmen, mit welchen die klassenbewußte Arbeiterschaft Frankreichs wie der anderen Länder heute den Kampf für ihre Befreiung führen, erscheint das Losungswort der Kommune unklar und verschwommen.

Und — warum es verschweigen? — seit die französische Republik die Amnestie der Kommunekämpfer durchgeführt, hat der Name der Kommune den geheimnißvollen Zauber, den er einst auf die Herzen der Arbeiter aller Länder ausgeübt, verloren, hat er aufgehört, Kampfesparole, das Banner zu sein, unter dem sich die Streiter für die Sache des Proletariats zusammenschaaren. Heute gehört die Kommune der Geschichte an, und damit der rückhaltlosen, alles Mysterium durchbrechenden Kritik.

Das hindert uns, das hindert die fortgeschrittene Arbeiterschaft aller Länder aber nicht, das Andenken der Kommune hochzuhalten und ihren Todestag zu feiern — der so zu einem internationalen Festtag des Proletariats wird. Und hierin liegt vielleicht seine größte Bedeutung. Allüberall, wo sich am nächsten Sonntag Proletarier zusammenfinden, um das Andenken an die heroische Erhebung von Paris zu feiern, seiner verzweifelten Kämpfe und der blutigen Opfer zu gedenken, mit denen es seine hochherzigen Illusionen bezahlen mußte, wird der Gemeinsamkeit der Bestrebungen der Arbeiter aller Länder gedacht werden, wird der Sammelruf unseres großen Vorkämpfers Karl Marx ertönen:

„Proletarier aller Länder, vereinigt Euch!“

In diesem Sinne laßt uns den achtzehnten März feiern.

In memoriam!

Am 9. März ist Wilhelm I., Kaiser von Deutschland und König von Preußen gestorben — gestorben unter Umständen, die einer gewissen Tragik nicht entbehren. Niemals hat das Wort der Alten: kein Mensch ist vor seinem Tode glücklich zu schätzen, sich eindringlicher bewahrheitet. Nach einem Lebensabend, der in fast märchenhafter Weise von der Sonne des Glückes beschienen war, mußte er es erleben, daß der Sohn und Erbe von unheilbarer Krankheit befallen wurde und der Tod einen Enkel dahinraffte, und damit das Aussterben einer ihm nachstehender Dynastie wahrscheinlich machte. Das doppelte Memento mori!, welches die letzten Augenblicke des 91jährigen Herrschers verdüsterte, kann auch auf den stumpfesten Geist seine Wirkung nicht verfehlen. Das Sprüchwort vom „Glück der Hohenzollern“ gehört der Vergangenheit an. — — —

Die gesammte deutsche Presse hat — mit Ausnahme weniger Arbeiterblätter, die lieber schwiegen, als nach dem Beispiel des Hauptorgans der deutschen „Demokratie“ eine Loyalität zu affektiren, die grade den wirklich Königstreuen am meisten anwidern mußte — die Verdienste Wilhelms I. um das deutsche Volk auf das Ueberschwänglichste gefeiert. Kein Heros, kein großer Mann in der Geschichte, dem Wilhelm I. nicht in diesen Tagen von der „Norddeutschen Allgemeinen“, der „Kölnischen Zeitung“, bis herab zum Barden des obskursten Winkelblättchens, an die Seite gestellt worden wäre.

Niemand wird sich darüber verwundern können, Niemand darüber in Eifer gerathen. Die Legende ist einmal da und wird nur sehr allmälig dem unbefangenen, sachlichen Urtheil der Geschichte weichen. Nach der Legende verdankt das deutsche Volk Alles, was es ist, seine ganze Bedeutung, seinen Rang unter den Völkern der zivilisirten Welt diesem einem Manne — die Geschichte wird ihm höchstens das Verdienst zusprechen, die militärisch-diplomatische Machtstellung, die Deutschland in diesem Augenblick einnimmt, zu Stande gebracht zu haben. Und dafür mögen ihn Diejenigen preisen, die in dieser Machtstellung, auch wenn sie nur auf Kosten der Wohlfahrt, der Freiheit und Rechte des Volkes durchzuführen und aufrechtzuerhalten, die im äußeren Glanze das Glück und die Größe eines Volkes erblicken. Wir haben nie diesen Standpunkt vertreten, und können ihn auch heute, am Grabe des „Begründers der deutschen Einheit“, nicht annehmen. Ebenso sind wir bis heute noch nicht überzeugt, daß die Einheit Deutschlands nur durch „Blut und Eisen“ zu erreichen war — dieser Weg wurde nur deshalb nothwendig, weil Diejenigen, die ihn später beschritten, weil Wilhelm von Preußen und seine Paladine die Erringung der Einheit auf demokratischem Wege, weil sie die Einheit durch die Freiheit nicht wollten und sich ihr mit Aufbietung ihres ganzen Einflusses widersetzten. So ist auch die Erringung von Deutschlands Einheit nur ein sehr relatives Verdienst, zumal dem von tausend Zufällen abhängigen Glück der Schlachten die entscheidende Rolle dabei zufiel.

Und ebenso kann alles das, was Wilhelm I. zur Ausbildung der Militärkraft Preußens und Deutschlands gethan, nur für Diejenigen in Betracht kommen, die in derselben, und zwar in ihrer heutigen Gestaltung, das richtige Mittel erblicken, die Unabhängigkeit und die friedliche Fortentwicklung des deutschen Volkes zu sichern.

Wir gehören nicht zu diesen, können uns auch heute noch nicht, und heute weniger als je, zu dem Standpunkt bekehren, daß ein wirthschaftlich wie politisch erdrückender Militarismus das richtige oder gar das einzig richtige Mittel sei, dem deutschen Volk den Genuß der obengenannten Güter zu garantiren — der Militarismus hat sich eher als das Gegentheil denn als eine Garantie des Friedens erwiesen, aber er hat die kulturelle Entwicklung zunächst des eignen Volkes, dann aber auch der benachbarten Völker in mehr als einer Hinsicht gehemmt.

Das in diesem Augenblick zu verschweigen, wäre ein Verbrechen an unserer heiligen Ueberzeugung, an dem, was wir für recht und gut und der Menschheit allein nützlich erkannt.

In allen Nachrufen wird der milde Sinn, die erhabene Menschlichkeit des verstorbenen Kaisers gerühmt. Und doch gebührt Wilhelm I. ein ganz bedeutender Antheil an der heute herrschenden Reaktion gegen den Geist der Humanität, der das vergangene und die erste Hälfte dieses Jahrhunderts auszeichnete. Wir geben zu, daß er diese Wirkung seiner Politik nicht in dem Maße gewollt haben mag, als sie thatsächlich eingetreten ist, aber das entlastet den an so hervorragenden Stelle Stehenden nicht von der Verantwortung vor der Geschichte. Seine eigene Auffassung von der Stellung des Regenten, die er mit starrem Sinn immer und immer wieder hervorhob, schließt jede Abschwächung der Verantwortlichkeit für seine Regierungsthätigkeit aus.

Aber war denn die Milde wirklich eine so hervorragende Charakter-Eigenschaft Wilhelm I.? Wenn wir nicht nach dem urtheilen, was davon erzählt wird, sondern nach dem, was die Thatsachen sagen, so kann unsere Antwort nur eine verneinende sein. Wir wollen nicht bestreiten, daß der Verstorbene in seinen späteren Lebensjahren häufig Beweise einer gewissen Weichheit der Empfindung an den Tag gelegt hat, aber diese Eigenschaft ist von wirklicher Milde himmelweit unterschieden. Wir finden sie auch bei den grausamsten, blutgierigsten Gewalthabern, welche die Geschichte nennt, wie denn überhaupt Grausamkeit und Sentimentalität oft Hand in Hand gehen.

Die wahre Milde, die ächte Güte des Herzens offenbart sich nicht im Verhalten gegenüber seinen getreuen Freunden und gehorsamen Dienern, sondern im Verhalten gegenüber denen, die es gewagt, uns entgegenzutreten, gegenüber denen, die wir als unsere Widersacher betrachten. Hier aber gerade verließ den Mann, der jetzt als der Mildeste der Milden gepriesen wird, die vielgerühmte Weichheit.

An der Bahre der Verstorbenen schweigt der politische Haß. Nicht aber schweigt, nicht aber darf schweigen die historische Wahrheit. Und wenn in tausenden und abertausenden von Zeitungsblättern heute dem deutschem Volk seine Geschichte zu Ehren eines einzelnen Mannes in lügenhafter Weise entstellt vorerzählt wird, wenn Alles, was aus dem Schooße des Volkes hervorgegangen, geflissentlich verschwiegen, verkleinert wird, um nur den Ruhm des Einen ins Unermeßliche emporzuschrauben, so mag wenigstens in unserem Blatt die Wahrheit ein bescheidenes Plätzchen finden.

Die Freiheitsbestrebungen des deutschen Volkes fanden in den vierziger Jahren dieses Jahrhunderts in Wilhelm von Preußen stets einen erbitterten, bis zur Grausamkeit fanatischen Gegner. Selbst die zu der nächsten Umgebung des preußischen Hofes gehörenden aufgeklärteren Männer hatten darunter zu leiden. Dafür nur ein Beispiel, das **Varnhagen von Ense**, seinerzeit geheimer Legationsrath, in seinen Tagebüchern (herausgegeben von Ludmilla Assing) mittheilt:

„17. März 1848: Besuch vom Fürsten Carolath. Er sprach mit gesundem Verstand, aus purer Redlichkeit, die gediegensten Wahrheiten aus, die reinsten Sympathien für's Volk; daß man für die Arbeiter und Armen sorgen müsse, und wenn es Millionen erfordere, daß man Jeden, auch den Besitzlosen, in die städtische Verwaltung aufnehmen müsse, daß Waffengewalt hier gar nichts ausrichte, das ganze Ministerium als untauglich und verhaßt sogleich zu entlassen sei u. s. w. Vor mehr als 8 Monaten hat er so auch mit dem Prinzen von Preußen gesprochen, kam aber schlecht an, und ist seitdem in Ungunst.“

(Aus Varnhagen's Tagebüchern.)

Keine Konzessionen an das nach politischer Bethätigung, nach Befreiung von den Fesseln des Absolutismus lechzende Volk. Da brach in Paris die Februarrevolution aus und bald trug der Wind den Geist der Revolution nach Berlin. Es kam zum Barrikadenkampf des 18. März. Am Kampf selbst nahm Wilhelm keinen Antheil, wie er über ihn dachte, zeigen zwei, ebenfalls von Varnhagen mitgetheilte Aeußerungen:

„Als vor dem Schloß durch die hervorstürmenden Soldaten die ersten Gefangenen in den Schloßhof gebracht wurden, meist armselige Leute, Krüppel, die nicht schnell genug hatten fliehen können, schwächliche Alte und unreife Jungen, die darauf in die Schloßkeller gebracht und arg behandelt wurden, da trat der Prinz von Preußen (Wilhelm) hervor und redete die Soldeten heftig an: „Grenadiere! Warum habt Ihr die Hunde nicht auf der Stelle niedergemacht?“ Der Major X stand dabei und hörte es, auch der General, Fürst X.“

(Varnhagen von Ense, Tagebücher. Leipzig, Brockhaus, 3. Bd. S. 299.)

„In der Nacht vom 18. auf den 19. März trat ein angesehener Mann hervor und bat den König flehentlich, er möchte doch Befehl geben, daß der furchtbare Kampf aufhöre, daß die Truppen das Feuer einstellten. Der König lag auf den Arm gestützt und schwieg. Da trat der Prinz von Preußen heran und rief: „Nein, das soll nicht geschehen, nimmermehr! **Eher soll Berlin mit allen seinen Einwohnern zu Grunde gehen!** Wir müssen die Aufrührer mit Kartätschen zusammenschießen.“ Der König blieb auf den Arm gestützt und schwieg. (Aus sehr zuverlässiger Quelle.)

(Idem, 3. Bd. S. 310.)

Wie sich dann schließlich doch die Nothwendigkeit herausstellte, angesichts der Stärke der Volksbewegung und der beginnenden Demoralisation der Truppen dem Kampf Einhalt zu gebieten, und wie Wilhelm bei Nacht und Nebel vor dem drohenden Volkszorn nach London entfliehen mußte, das ist bekannt. Bekannt ist auch, wie er 1849 die Oberleitung der Truppen übernahm, welche die in Baden ausgebrochene Erhebung für die Reichsverfassung niederwerfen sollten. Daß er diese Mission übernahm, ergab sich von seiner politischen Stellung von selbst, kann ihm also persönlich nicht zum Vorwurf gemacht werden — was sich aber aus seiner politischen Stellung allein nicht ergab, das war seine Handlungsweise gegenüber den besiegten Freischärlern.

Nach der Niederlage bei Rastatt 29./30. Juni hatte sich ein großer Theil derselben in die Festung geworfen, die gegen drei Wochen der Belagerung Stand hielt, bis schließlich, auf Betreiben des bekannten Corvin, ein Kapitulationsvertrag abgeschlossen wurde, in welchem den Belagerten volle Amnestie zugesichert wurde.

„Nun ergaben sie sich auf Treue und Glauben und die Kapitulation ward am 23. Juli vollzogen. Bei dieser Feierlichkeit ritt der Festungskommandant Tiedemann dem an der Spitze seines Generalstabes haltenden preußischen General von der Gröben entgegen und überlieferte ihm seinen Degen. Die Festungskavallerie, welche absaß, und die Offiziere legten ihre Säbel auf die Egge, und die Infanterie stellte ihre Gewehre zusammen. Nachdem aber die Freischaaren ihre Waffen abgeliefert hatten, wurden sie Räuber und Lumpengesindel genannt und als Gefangene in die Kasematten der Festung eingesperrt, wo sie eine sehr harte Behandlung erleiden mußten. Die Preußen erklärten den Kapitulationsvertrag jetzt für ungiltig, weil denselben nicht der Prinz von Preußen selber, sondern in seinem Namen nur ein untergeordneter Generalstabsoffizier, Major von Alvensleben, unterzeichnet hatte.“

„Zwar war Baden kein preußisches Land, und folglich konnte der Aufstand als kein Hochverrathsverbrechen gegen den preußischen souveränen König gedeutelt werden; auch waren viele von Denen, die gefangen genommen worden waren, weder preußische noch badische Unterthanen und standen folglich zu dem Prinzen von Preußen in keinem andern Rechtsverhältniß, wie jeder Mensch im Allgemeinen zu seines Gleichen; ferner war der Kampf formell und ausdrücklich für die in Baden gesetzlich anerkannte Reichsverfassung geführt worden, während dieselbe doch der König von Preußen, der in ihr für Deutschland bestimmte Erbkaiser, abgelehnt hatte, weßhalb nach dem in Baden gültigen Rechte der Prinz von Preußen sich bei seinem Kriege gegen die Reichsverfassungskämpfer entschieden im Unrechte befand; allein die Reaktion dürstete nach Rache, sie wollte Blut sehen und kümmerte sich, als sie sich einmal nach so vielen bangen Tagen und durchwachten Nächten wieder im Vollgenusse der unbestrittenen höchsten Macht sah, um keine rechtlichen und gesetzlichen Bedenken, wie sie etwa befangene Sterbliche hinsichtlich der Heiligkeit der Menschenleben in Friedenszeiten und hinsichtlich der in den Frieden aufgenommenen Kriegsgefangenen hegen. So wurden denn gerade die tapfersten Männer der Demokratie, und zwar deßhalb, weil sie die tapfersten waren, standrechtlich hingeschlachtet. Zu Mannheim wurde auf Anordnung des preußischen Kriegsgerichts das aus Sachsen gebürtige Parlamentsmitglied Adolph von Trützschler erschossen, da man ihm seine sozial-demokratischen Ansichten um so mehr verargte, als Trützschler aus einer altadeligen, hochangesehenen und begüterten Familie war.“ (Bernhard Becker, die Reaktion in Deutschland ꝛc. Braunschweig 1873.)

In einem Artikel, betitelt „Zu einem Denk- und Markstein“, den die „Frankfurter Zeitung“ — im Sommer 1874 — dem Andenken der gefallenen Freiheitskämpfer widmete, heißt es:

Von dem Oberbefehlshaber der preußischen Truppen wurde das Standrecht verkündet. Niemand hat die Verkündigung desselben zu rechtfertigen gewagt; von keiner Seite ist behauptet worden, daß diese Kriegsgerichte auch nur den Schein des Rechts, auch nur des barbarischen Kriegsrechts für sich hatten.“

„Es ging das Gerücht, daß die Standgerichte Befehl hätten, nur Todesurtheile zu fällen. Manche Umstände machten dieses Gerücht höchst wahrscheinlich. Der Erste, der vor das Standgericht zu Mannheim gestellt wurde (am 7. August), war der Heidelberger Student und schweizerische Unterlieutenant Arnold Steck aus Neuenburg. Von allen Gefangenen war er am schwersten belastet, denn man beschuldigte ihn, Ludwigshafen in Brand geschossen zu haben. Aber er wurde von Kühler so wacker vertheidigt, daß das Kriegsgericht ihn nicht zum Tode, sondern „in Anbetracht seiner Jugend“ nur zu zehn Jahren Zuchthaus verurtheilte. Da soll aus dem Hauptquartier zu Offenbach, wo sich der Hauptbefehlshaber der Armee, der Prinz von Preußen, befand, der Befehl gekommen sein, augenblicklich das Standgericht aufzuheben und ein neues zu ernennen.

Wenigstens war zur Sitzung am 13. August das Personal des Gerichts verändert worden; es wird einstimmig behauptet, daß man alle Diejenigen, welche in der letzten Sitzung nicht für Tod gestimmt, entfernt und durch andere Soldaten ersetzt hatte.“

Und so wurden von den Standgerichten zu Mannheim ꝛc. 80 Kämpfer für die deutsche Reichsverfassung zum Tode verurtheilt und von diesen 28 erschossen und nur zwei — der schon erwähnte Corvin und der württembergische Oekonomierath Mögling — „begnadigt“ und wanderten mit noch 68 weiteren Kampfgenossen in's Zuchthaus.

In den Jahren der Reaktion gerieth Wilhelm, der im Exil in London Mancherlei gelernt und eingesehen hatte, daß er zur Durchführung der Einigung Deutschlands unter preußischer Spitze der Mitwirkung weiterer Kreise des Bürgerthums bedürfe, mit der preußischen Ery-Junkerpartei in Konflikt, und dies erklärt wohl seine, gegen diese und das Muckerthum der „Stillen im Lande“ gerichteten Erklärungen beim Antritt seiner Regentschaft, die ihn vorübergehend in den Ruf eines „Liberalen“ brachten. Daß er nichts weniger als ein solcher war, sondern starr an seinen absolutistischen Vorrechten festhielt, zeigte sich bei der ersten ernsthaften Differenz zwischen Krone und Volksvertretung. Die schnell erlangte Popularität — Völker verzeihen leichter als Fürsten — schwand rasch dahin, um nach dem Kriege von 1866 ihn von Neuem auszuzeichnen und sich nach dem Feldzug von 1870/71 bis zur Vergötterung zu steigern.

Vom Glück in einer Weise begünstigt, die er selbst wohl kaum je geahnt, feierte Wilhelm I., Kaiser von Deutschland geworden, einen Lebensabend, wie kaum je ein Fürst vor ihm. War aber aus dem harten Mann wirklich ein milder Greis geworden?

Das Jahr 1878 brachte die Attentate von Hödel und Nobiling. Obwohl es in ganz Deutschland keine zehn Mann gab, welche dieselben gebilligt hätten, obwohl vor allen Dingen die Partei, der man diese Attentate in die Schuhe schob, jeden Zusammenhang mit den beiden Attentätern energisch abwies und damit die That selbst entschieden desavouirte, wurde diese mit einem Gesetz beantwortet, das hunderttausende von Angehörigen des deutschen Reiches zu Bürgern zweiter Klasse degradirte, das die Arbeiter ihrer besten Waffe in dem ohnehin so schweren Kampf um's Dasein, des Koalitionsrechts, beraubte, sowie für Hunderttausende das elementarste aller Rechte, das Heimathsrecht, illusorisch machte. Gewiß, es wäre falsch, Wilhelm I. allein für dieses Gesetz verantwortlich zu machen, aber seine Minister haben es ausgearbeitet, in seinem Namen wurde es vollzogen und ausgeführt, von seiner Regierung wurde immer wieder von Neuem seine Verlängerung beantragt und durchgesetzt, und wir, das Organ der solchermaßen Geächteten, wir, die wir aus nächster Nähe Zeugen gewesen sind der Leiden, welches dieses Gesetz über hunderte und tausende braver, hingebender Genossen gebracht, wir, die wir so manche unserer besten Mitstreiter für die Sache des arbeitenden Volkes als Opfer dieses Gesetzes einem vorzeitigen Tod haben erliegen sehen müssen, wir sollten durch feiges Schweigen unsere Zustimmung dazu geben, daß dem Manne, unter dessen Regierung all' das geschehen, das Beiwort „milde“ zuertheilt werde? Nein, das können wir nicht, das dürfen wir nicht. Es wäre Verrath an unseren Todten, an unseren Märtyrern.

„Man kann Kaiser Wilhelm nicht davon freisprechen“, schreibt in einem sonst durchaus wohlwollenden Artikel die demokratische „Züricher Post“, „daß er mit Härte politische und militärische Vergehen ahnden ließ, und daß das Begnadigungsrecht des Landesherrn unter ihm fast zur Fabel verblaßte.“

Wiederholt bot sich ihm im letzten Jahrzehnt Gelegenheit, durch Gewährung einer Amnestie schreiendes Unrecht gut zu machen — sie ging jedesmal unbenutzt vorüber. Als er, nach seiner Auffassung durch Gottes Gnade, von den Wunden, die Nobiling ihm beigebracht, glücklich geheilt in die Hauptstadt einzog, was lag da näher, als durch einen einzigen Federstrich denen die Kerkerthüren zu öffnen, die in der Attentatshetze oft auf die harmlosesten Aeußerungen hin, wegen Beleidigung seiner Person zu den drakonischsten Strafen verurtheilt worden waren? Es geschah nicht. Wo die Milde am ehesten geboten, wurde sie nicht geübt.

Man wird vielleicht einwenden, Kaiser Wilhelm habe von den horrenden „Rechtssprüchen“, die in seinem Namen gefällt, von den drakonischen Maßregeln, die in seinem Namen verübt wurden, nichts gewußt. Zugegeben, daß er nicht alles bis in's kleinste Detail gewußt; aber daß er nicht mindestens im Allgemeinen davon unterrichtet gewesen, das können wir denen am allerwenigsten glauben, welche die peinliche Pflichttreue in der Ausführung des Regentenberufs als seine vornehmste Tugend rühmen. Ganz abgesehen davon, daß die Entschuldigung falscher oder ungenügender Information den Herrscher von Gottes Gnaden nicht decken würde.

Wir wollen hier nicht in eine Kritik der gesammten Regierungsthätigkeit Wilhelm I. eintreten, noch ein erschöpfendes Bild seines Charakters geben. Beide unterstehen jetzt dem Urtheil der Geschichte, das zu vertreten weder wir uns anmaßen, noch unseren Gegnern zuerkennen. Wir haben nur in einigen Punkten, wo das Geschreibsel der Weihrauch spendenden Tagespresse in zu schroffem Gegensatz zur Wahrheit steht, dieser Letzteren die Ehre geben wollen! Und wir haben vor allen Dingen als Dolmetscher der Gefühle all' derer dienen wollen, die unter der Regierung des jetzt verstorbenen ersten Kaisers des neugeeinten Deutschland für ihre Ueberzeugung verfolgt und geächtet wurden, für die es gegen polizeiliche Willkür keinen Schutz gab, und gegen behördliche Maßregelungen keinen Appell. Und die Zahl derselben ist keine geringe.

Es ist in unserem Jahrhundert der konstitutionellen Lüge fast eine Kunst für einen Monarchen, vor der Menge nicht gut zu scheinen. Sie schiebt ihm den Ruhm für alles Gute zu, was geschieht, und entlastet ihn von der Verantwortung für alles Schlimme. Er braucht nur kein schlechter Mensch zu sein, so vergöttert sie ihn schon. Der Genius der Menschheit aber läßt sich durch keinen Weihrauch blenden, und nicht achtend der Lobgesänge der Gläubigen ruft er den Mächtigen der Erde die herrlichen Worte entgegen, die Deutschlands größter Dichter ihn einst dem Zeus in's Antlitz rufen ließ:

„Ich Dich ehren? — —
Hast Du die Schmerzen gelindert
Je des Beladenen?
Hast Du die Thränen gestillet
Je des Geängsteten?“

Im zehnten Jahre des Aechtungsgesetzes.

Fort mit den Illusionen!

Von sehr geschätzter Seite erhalten wir folgende Zuschrift:

Die Glossen, mit welchen ein deutscher Landwehrmann in Nr. 10 des „Sozialdemokrat“ die neueste Heeresorganisation im deutschen Reiche begleitet, nöthigen zu einigen Gegenbemerkungen. Für eine Partei wie die Sozialdemokratie sind Illusionen vom Uebel, und stark illusionär scheinen uns jene Auseinandersetzungen zu sein.

Zugegeben ist, daß die stehende Armee in den heutigen Staaten (Republiken wie Monarchien) ebenso sehr als Kampfmittel nach Außen, wie als Unterdrückungsmittel nach Innen verwendet und zu diesem Zweck so

organisirt wird, wie sie organisirt ist. Zugegeben ist ferner, daß mit der Hineinziehung der Massen in die Armee, diese ihren Charakter als exklusive, dem Volke feindliche Organisation immer mehr verliert. Aber glaubt man, daß das Oben nicht begriffen wird? Das müßte eine sehr kurzsichtige Regierung sein, die das nicht einsähe und nun sich selbst zum möglichen Schaden dennoch eine solche militärische Organisirung der Massen schaffte. Was zu dieser Einbeziehung der Massen in die Armee zwingt, ist nicht die innere, das ist ausschließlich die äußere Lage. Die Folgen des Krieges von 1870, die Annexion von Elsaß-Lothringen haben Deutschland zwischen zwei Feuer gestellt. Frankreich, das den Verlust dieser Provinzen nicht vergessen will, fand in Rußland, das von seinem Standpunkt aus naturgemäß auf die Erweiterung seiner Macht in der Ostsee und auf die Eroberung der Türkei angewiesen ist, und all' sein Dichten und Trachten auf die Eroberung dieser Macht richten muß, einen Bundesgenossen. Durch seine Machtstellung nach dem Jahre 1870 war Deutschland dem russischen Einfluß entwachsen. Rußland mußte erkennen, daß es in Deutschland, wie freundlich immer die offiziellen Kreise sich zu ihm stellten, einen Gegner hatte, der alle seine Berechnungen im Westen und Südosten seines Reiches zu Schanden machte. Darüber konnten es auch die „ehrlichen Maklerdienste" Bismarck's auf dem Berliner Kongreß nicht täuschen. Blieb ihm noch ein Zweifel, so mußte ihm dieser durch die einstimmige Haltung der öffentlichen Meinung in Deutschland nach dem bulgarischen Staatsstreich schwinden. Wie immer Bismarck die russischen Pläne auf Bulgarien zu unterstützen suchte, in Deutschland fand diese Politik, ohne Unterschied der Partei, von der äußersten Rechten bis zur äußersten Linken, entschiedenen Widerspruch. Ganz Deutschland fühlte, allen offiziösen Ableugnungen zum Trotz, daß es sich in der Zurückdämmung der russischen Macht auf dem Balkan um eminent deutsche und im weiteren Sinne um allgemeine Kulturinteressen handelt, als deren ausgesprochenster Feind das offizielle Rußland vor ganz Europa erscheint.

Diese ostentativ feindselige Stimmung des deutschen Volks gegen das offizielle Rußland hat man in letzterem sehr deutlich erkannt, und von da an datirte erst recht eigentlich die ebenso ostentative Spekulation auf das Bündniß mit Frankreich. Obgleich dieses unmöglich eine erhebliche Machtverstärkung Rußlands in Europa wünschen kann, weil diese früher oder später zu seinem eigenen Verderben ausschlüge, hat das Streben nach der Wiedereroberung Elsaß-Lothringens einen großen Theil der französischen Bourgeoisrepublikaner in die Arme Rußland's getrieben. Blind in der Sehnsucht nach der Wiedererlangung der verlorenen Provinzen, scheuen sie sich nicht, mit dem russischen Despotismus und Barbarismus gemeinsame Sache zu machen. Die bürgerliche Republik und ihr denkbar schroffster Gegensatz, der zarische Despotismus, liegen sich als Bundesgenossen in den Armen.

Bräche nun der Krieg aus und siegten Rußland und Frankreich, was würden die Folgen sein? Frankreich begnügte sich auf keinen Fall mit der bloßen Wiedereroberung von Elsaß-Lothringen, es würde ihr die Wiedereroberung des linken Rheinufers und wahrscheinlich auch die Annexion von Belgien und Luxemburg folgen lassen.*) Rußland würde die europäische Türkei und — die deutschen Ostseeprovinzen mit Beschlag belegen. Wie immer man eine solche Situation auffassen mag, für Deutschland und die ganze Kulturentwicklung wäre sie ein ungeheurer Schade. Der Völkerhaß feierte wahre Orgien und der russische Despotismus lastete wie ein Alp auf Deutschland und ganz Europa, Frankreich einbegriffen, dem der wiedererwachte Chauvinismus mit Unterstützung Rußlands rasch zu einer monarchischen Restauration verhelfen würde.

Zu glauben, daß die siegreichen Fahnen Frankreichs Deutschland die soziale Republik brächten, ist eine der schlimmsten Illusionen, die ein Hirn erfassen kann. Aus dem Bündniß zwischen dem französischen Bourgeois-Republikanismus und dem russischen Despotismus kann nur der Bäsarismus blühen. Nichts weiter.

Die deutsche Sozialdemokratie darf sich über die Situation nicht täuschen. Feindin jedes Kriegs, jeder Eroberungspolitik, jeder Völkerverhetzung, jeden Augenblick bereit, mit Frankreich eine für beide Völker ehrenvolle Aussöhnung herbeizuführen, kann sie wider Willen in die Lage kommen, auch wider Frankreich zu kämpfen, wenn dieses an der Seite Rußlands, des größten Feindes aller Völkerfreiheit, Deutschland angreift. Gegen das heutige Rußland, das grausam jede freie Regung des Volksgeistes unterdrückt, das für die edelsten Kämpfer des Volkes nur den Galgen, das Zugrunderichten und langsame Hinmorden in den Bergwerken, die Verbannung in die sibirischen Eisgefilde kennt, herrscht im deutschen Volke und besonders in der deutschen Sozialdemokratie ein tiefer, unauslöschlicher Haß. Rußland ist der Grund- und Eckstein der europäischen Reaktion. Gegen die Abwehr eines Angriffs dieses Rußlands und eventuell für eine Selbstständigmachung Polens, dürfte die deutsche Sozialdemokratie jedes Opfer zu bringen bereit sein. Frankreich, als Bundesgenosse des heutigen Rußlands auftretend, müßte die Konsequenzen dieser Stellung tragen. Wir begreifen Frankreichs Stimmung gegen Deutschland und sein Verlangen nach Elsaß-Lothringen, aber gegen den Bundesgenossen Rußlands, der auf die Zertrümmerung Deutschlands spekulirt, müßten wir Front machen. Wer unter uns glaubt, daß es gegebenen Falles anders sein könnte, täuscht sich wiederum. In der ganzen Welt ist die Vorbedingung des Klassenkampfes die Befreiung der Nationalität. Wo diese unterdrückt wird, tritt der Klassenkampf hinter den Nationalitätenkampf zurück. Beispiele: Oesterreich, Polen, Irland.

In Deutschland nahm der Klassenkampf von dem Augenblick an einen ganz andern Aufschwung, als die nationale Frage entschieden war. Eine Zerstückelung oder Verstümmelung Deutschlands würde die sozialen Kämpfe in den Hintergrund drängen, die soziale Bewegung wäre auf lange zu Grunde gerichtet. Wer da glaubt, daß in Kämpfen um die nationale Existenz, was ein Kampf Deutschlands gegen Rußland und Frankreich unter allen Umständen sein würde, der geeignete Zeitpunkt für die Verwirklichung sozialer Umwälzungen sei, befindet sich in schweren Illusionen. Unser Landwehrmann irrt sich gleichfalls sehr bedeutend, wenn er in einem Krieg dergleichen erwartet.

In einem Kriege und während eines solchen wird das nicht geschehen, dann nimmt die Sorge um die nationale Existenz alle andern Sorgen gefangen. Dann handelt es sich vor allem um die Sicherung der heimathlichen Unabhängigkeit, der Zurückdrängung des fremden Eroberers. Anders liegen die Verhältnisse nach einem Kriege und zwar auch nach einem siegreichen Kriege.

Der kommende Krieg, mag er schon morgen oder erst nach fünf Jahren beginnen, wird ein europäischer Krieg. Er wird geführt mit einem Aufgebot von physischen und materiellen Kräften, wie noch nie ein Krieg geführt worden ist. Er wird geführt bis zur äußersten Erschöpfung der Kräfte. Entscheidender Sieger wird wahrscheinlich Niemand sein, Deutschland sicher nicht der Besiegte, dafür ist es zu gut vorbereitet.

Aber dieser Krieg, wie immer er schließlich endet, wird eine Zerrüttung und eine Zerstörung aller alten sozialen Verhältnisse herbeiführen, wie sie zwanzig Jahre ruhiger ökonomischer Umwälzung nicht herbeizuführen vermögen. Die zum heimischen Herde zurückgekehrten Heeresmassen, und zwar auch die der Sieger, werden Veränderungen vorfinden, die sie erst jetzt die ganze Größe der Verluste, und die große Masse die Unmöglichkeit der Reparirung derselben erkennen läßt. Hunderttausende selbstständiger Existenzen werden vernichtet sein, der Großkapitalismus feiert auf ihren Trümmern seine Orgien. Dazu kommen die ungeheuren finanziellen Lasten, welche jeder Nation die Kriegsopfer auferlegen werden. Für die meisten Großstaaten wird der Krieg mit dem Staatsbankrott enden.

Damit ist der Boden geschaffen, auf welchem die Umgestaltungsgedanken für eine Umwälzung der sozialen Ordnung von Grund aus den fruchtbarsten Boden finden. Wie die Pilze nach einem Regen in einer warmen Hochsommernacht aus dem Boden schießen, so werden die neuen Ideen die Massen ergreifen und sich blitzartig verbreiten, mit der Unsichtbarkeit und der Schnelligkeit eines Kontagiums, das für seine Entwickelung die günstigsten Vorbedingungen findet, bis in die abgelegensten Ortschaften der entferntesten Provinzen. Die Revolution ist über Nacht da, ohne daß Einer sie ruft, ohne daß man sie provozirt, noch ohne daß irgend eine Macht der Erde sie zu hemmen vermag. In sich selbst unhaltbar, weil gegen die Interessen und die Ansichten der ungeheuern Volksmehrheit unmöglich geworden, sinkt die alte Gesellschaft in sich selbst zusammen. Aehnlich wie Gottlieb von Spanien den Thron freiwillig aufgab, weil er fühlte, er sei auf ihm unmöglich, ähnlich wie Bonaparte III. den französischen Thron preisgab und sich bei Sedan seinen Feinden in die rettenden Arme warf, so dürften die herrschenden Klassen in Deutschland und Europa alsdann das Gefühl ihrer vollkommenen Ueberflüssigkeit und Unmöglichkeit erfüllen und sie sich resignirt in das unabwendbare Schicksal ergeben.

„Die Stunde der kapitalistischen Produktion hat geschlagen. Die Expropriateure werden expropriirt," so ruhig, so selbstverständlich, als könnte es gar nicht anders sein. Das Wahrscheinliche ist, daß es so kommt, und nicht wie unser Landwehrmann in Nr. 10 sich träumt.

Von Grund aus neu und heute nur geahnt, wie die Zustände nach der nächsten sozialen Umwälzung sein werden, eben so neu, nie dagewesen und von allem bisherigen Erlebten abweichend wird die Art sein, wie diese Umwälzung sich vollzieht.

Zerbrechen wir uns nicht die Köpfe und ereifern wir uns nicht, es kommt was kommen muß, nicht wegen uns, sondern eventuell selbst trotz uns. Was wir sind, sind wir, weil wir es werden mußten und die gesellschaftliche Umgestaltung, die mit Macht im Anmarsch ist, frägt nicht, wie wir sie verwirklicht wünschen. Wenn die Stunde kommt, wird man Viele nicht sehen, die heute da sind, und Millionen werden da sein, die man heute nicht sieht.

Dixi.

*) Hier möchten wir doch ein Fragezeichen einflechten. Red. d. S.

Sozialpolitische Rundschau.

Zürich, 14. März 1888.

— **Durch den Tod Kaiser Wilhelms** ist die Krone von Preußen und damit die deutsche Kaiserwürde auf dessen Sohn, den bisherigen Kronprinzen, übergegangen, der als Regent den Namen Friedrich III. führen wird. Er hat bereits, von Charlottenburg bei Berlin aus, wohin er sofort übersiedelte, eine Proklamation an das deutsche Volk und einen Erlaß an den Reichskanzler ergehen lassen, die zusammen als sein Regierungsprogramm zu betrachten sind.

Aus dem Ersteren sei folgender Satz abgedruckt:

„Meinem getreuen Volke, das durch eine Jahrhunderte lange Geschichte in guten wie in schweren Tagen zu meinem Hause gestanden, bringe ich mein rückhaltloses Vertrauen entgegen; denn ich bin überzeugt, daß auf dem Grunde untrennbarer Verbindung von Fürst und Volk, welche, unabhängig von jeglicher Veränderung im Staatenleben, das unvergängliche Erbe des Hohenzollernstammes bildet, meine Krone allezeit ebenso sicher ruht, wie das Gedeihen des Landes, zu dessen Regierung ich nunmehr gerufen bin, und dem ich gelobe, ein gerechter, und in Freud wie Leid ein treuer König zu sein."

In dem Erlaß an den Reichskanzler erklärt Friedrich III. u. A., es seien unter seiner Regierung, „die Erschütterungen möglichst zu vermeiden, welche ein häufiger Wechsel der Staatseinrichtungen und Gesetze veranlaßt", „die verfassungsmäßigen Rechte aller verbündeten Regierungen zu achten, wie die des Reichstages; aber von beiden ist gleiche Achtung der Rechte des Kaisers zu erheischen." Dabei sei jedoch „im Auge zu behalten, daß diese gegenseitigen Rechte nur zur Hebung der öffentlichen Wohlfahrt dienen sollen, welche das oberste Gesetz bleibt, und daß den neu hervortretenden, unzweifelhaften nationalen Bedürfnissen stets in vollem Maße Genüge werden muß." Weiter erklärt sich Friedrich III. „entschlossen, im Reiche und in Preußen die Regierung in gewissenhafter Beobachtung der Bestimmungen der Reichs- und Landesverfassung zu führen", „den Grundsatz der „religiösen Duldung" hochzuhalten und alle Bestrebungen zu unterstützen, welche geeignet sind, das wirthschaftliche Gedeihen der verschiedenen Gesellschaftsklassen zu heben, widerstreitende Interessen derselben zu versöhnen und unverweidliche Mißstände nach Kräften zu mildern, ohne doch die Erwartung hervorzurufen, als ob es möglich sei, durch Eingreifen des Staats allen Uebeln der Gesellschaft ein Ende zu machen." Auf dem Gebiete der Erziehung „soll Gottesfurcht und einfache Sitte" gepflegt werden.

„Möge es mir beschieden sein", heißt es zum Schluß, „dergestalt unter dem einmüthigen Zusammenwirken der Reichsorgane, der hingebenden Thätigkeit der Volksvertretung, wie aller Behörden, und durch die vertrauensvolle Mitarbeit sämmtlicher Klassen der Bevölkerung Deutschland und Preußen zu neuen Ehren in friedlicher Entwicklung zu führen. Unbekümmert um den Glanz ruhmbringender Großthaten, werde ich zufrieden sein, wenn dereinst von meiner Regierung gesagt werden kann, sie sei meinem Volke wohlthätig, meinem Lande nützlich und dem Reiche ein Segen gewesen!"

Im Einzelnen sind die hier entwickelten Sätze Blanketts, in die man bei der Ausführung alles Mögliche hineinlegen kann, in ihrer Zusammenfassung lassen sie die Absicht erkennen, ein liberal-konstitutionelles Regiment zu führen. Damit würde zunächst Herr Puttkamer von der Bühne verschwinden, und in dieser Vorahnung geschah es zweifelohne, daß der das Gottesgnadenthum sonst über alles stellende Minister bei der Ankündigung des Todes von Kaiser Wilhelm im Preußischen Abgeordnetenhause des neuen Kaisers zu erwähnen — vergaß. Unter anderen Verhältnissen könnte man in dem Verhalten des Ministers nach dem Herzen der „Kreuzzeitung" etwas wie „Männerstolz vor Königsthronen" erblicken, wie die Dinge im vorliegenden Falle liegen, ist es nur die Fortsetzung dessen, was in den Spalten der „Kreuzzeitung" schon seit Monaten sich abspielt.

Fällt Herr Puttkamer, so müßte logischerweise auch das System Puttkamer fallen, und damit selbstverständlich auch das Ausnahmegesetz, das ohnehin mit Regierungsgrundsätzen wie die oben entwickelten schwer zu vereinbaren ist. Aus der Stellungnahme Friedrich III. gegenüber dem Sozialistengesetz wird sich ergeben, in welchem Sinne dieselben zu verstehen sind, es ist ein guter Prüfstein für die arbeiterfreundliche Gesinnung des liberalen Kaisers.

Warten wir ab.

— Die Zeitungen werden nicht müde, von den **Beweisen tiefer Trauer** zu berichten, auf die man überall in ganz Deutschland und speziell in der Reichshauptstadt stößt. Wir wollen nicht untersuchen, wie viel von diesen „Beweisen" Ausdruck eines wirklich empfundenen Schmerzes, wie viel blos Modesache oder gar nur Reklame ist — die letztere macht sich so aufdringlich bemerkbar, daß es geradezu anwidert — genug, wie in den letzten Jahren in Deutschland zum „guten Ton" gehörte, unterbyzantinische Verehrung vor dem Staatsoberhaupt zur Schau zu tragen, so ist im gegenwärtigen Moment jeder gute Bürger im deutschen Reiche moralisch verpflichtet, sich in Trauer zu hüllen. Darüber lange Betrachtungen anzustellen, ist zwecklos, wer sich einigermaßen auf die Psychologie der Sitten versteht, konnte nichts anderes erwarten. Zudem ist gerade die Trauer eine Angelegenheit, bei der ja auch sonst die Konvention eine große Rolle spielt.

Man sollte nun meinen, daß selbst der Loyalste, selbst der Königstreueste mit dieser Allgemeinheit der mehr oder minder freiwilligen Trauerbezeugungen zufrieden sein könnte. Aber weit gefehlt, es ist nicht genug, die Trauer zur Mode zu machen, sie soll auch sportsmäßig betrieben werden. Wie ein Telegramm meldet, geht man mit dem Plan um, am Tage der Beisetzung der Leiche von den Arbeitern Berlins eine „lebendige Hecke" zu bilden, die von dem Dome im Lustgarten bis zum Mausoleum in Charlottenburg reichen und ungefähr 180 000 Menschen umfassen soll. Damit sollen die Arbeiter ihren Dank bekunden für die der Initiative Kaiser Wilhelms geschuldete „Versicherung gegen Unfall und Krankheit."

Wie die Arbeiter Berlins über das Unfallversicherungs- und das Krankenkassengesetz denken, ist bekannt, sie haben es bei unzähligen Gelegenheiten offen zu erkennen gegeben. Aber davon abgesehen, haben die Arbeiter Berlins den Druck des Ausnahmegesetzes in einer Weise zu fühlen gehabt, wie die keiner anderen Stadt — man hat ihnen ihre Vereine aufgelöst, ihnen ihre Kassen zerstört, sie unter die entwürdigendste Aufsicht gestellt, als wären sie der Abscheu der Gesellschaft. Und jetzt sollen sie sich hinstellen und die beglückten Kinder spielen? Wer den Gedanken ausgeheckt, kann sich unmöglich eingebildet haben, daß sie das freiwillig thun werden. Die Arbeiter haben gezeigt, daß sie den Tod zu achten wissen, und damit konnte man es genug sein lassen. Aber durch allerhand Zwangsmittel sie zu einer Schaustellung pressen wollen, die nur in den berüchtigten Potemkin'schen Dörfern ihr Seitenstück findet, das ist ein Unternehmen, das den entschiedensten Protest herausfordert. Gerade die wirklichen Verehrer des verstorbenen Kaisers müssen sich gegen ein solch' unwürdiges Spiel auflehnen.

Eine der ersten Regierungshandlungen Friedrich's III. war die sehr vernünftige Verfügung, daß die offizielle Landestrauer unterbleiben und es jedem Deutschen überlassen werden soll, ob und in welchem Maße er trauern wolle oder nicht. Man sieht auch hier wieder, wie die Knechtsseelen päpstlicher sind als der Papst. Wäre der Moment nicht so ernst, so könnten sie sich auf eine Antwort gefaßt machen, die sie sich nicht vor den Spiegel stecken würden.

— **Schlägst du meinen Lockspitzel, so schlag ich dich,** denkt Herr von Puttkamer nebst Anhang, und so sehen wir denn, daß jetzt in Deutschland eine kräftige Hatz gegen die Schweiz organisirt wird. Das war zu erwarten, und wird die Schweizer um so weniger aus der Fassung bringen, als die Hatz mit einer Plumpheit betrieben wird, die von vornherein jeden anständigen Menschen mit Ekel erfüllen muß. So werden z. B. wegen eines albernen Schimpfliedes, das während des Basler Karnevals das Licht der Welt erblickt haben soll, und vielleicht einen Kollegen des Herrn Schröder zum Urheber hat, von unserer Reptilpresse die Schweizer in ihrer Gesammtheit als **„Kreins"** und **„Microkephalen"** bezeichnet. Angesichts der Schädelbeschaffenheit des Herrn Puttkamer zeugt der Ausdruck Microkephale, d. h. Klein- und Schmalschädler, übrigens von einer anerkennenswerthen Kühnheit, welche das Sprichwort: im Hause des Gehenkten darf man nicht vom Strick reden, tapfer zu Schanden macht.

— **Gegenüber dem Vorwurf des Deutschenhasses,** der den Schweizern von deutschen Reptilen vorgeworfen wird, schreibt ein demokratisches Schweizer Blatt, der „Solothurner Volksfreund", und die deutschen Reklamepatrioten können sich das zu Herzen nehmen:

„Um auch unsere Meinung über den uns Schweizern imputirten Deutschenhaß zu sagen, bemerken wir, daß ein solcher Deutschenhaß schon deßhalb nicht vorhanden sein kann, weil Haß nicht gleichzeitig mit Mitleid gepaart sein kann. Mitleid aber müssen wir mit dem deutschen Volke deßhalb haben, weil dasselbe Schritt für Schritt einer Reaktion zum Opfer fällt, wie sie selbst in der ersten Hälfte dieses Jahrhunderts nicht vorhanden war. Alle großen Reden großer Staatsmänner, mittelst welcher von Zeit zu Zeit das politische und soziale Elend des Volkes übertüncht wird, können schließlich doch den Zusammenbruch dieses Systems der Reaktion nicht aufhalten. Wenn wir irgendwie einen Haß in uns aufkommen lassen, ist es also durchaus nicht der Haß gegen das deutsche Volk, sondern der Haß gegen die deutsche Reaktion, welche leider Gottes auch auf unsere Entwicklung einen größeren Einfluß ausübt, als viele sehen können oder wollen.

Gegen die deutsche Reaktion aber Front zu machen, so weit sie auch auf unsere Verhältnisse ihren Einfluß ausüben kann, liegt in unserer Pflicht." —

Unser Namensvetter, der in Bern erscheinende „Schweizerische Sozialdemokrat", dem wir die Notiz entnehmen, bemerkt dazu:

„Die solothurnische „freisinnige Jungmannschaft" ist in dieser echt schweizerisch gedachten Aeußerung ehrenvoll vertreten."

— **Ein treffendes Wort** über die kapitalistischen Ausbeutungsverschwörungen — Kartelle, Syndikate, wie man dieselben in der alten, Trusts, wie man sie in der „neuen Welt" nennt — finden wir im „Philadelphia Tageblatt".

Raster, der Herausgeber der sozialistenfresserischen „Illinois-Staatszeitung", hatte geschrieben:

„Wenn diejenigen Menschen, die weder Kapitalisten, noch Handwerksgesellen sind, bittere Klagen über das Umsichgreifen der sogenannten „Trusts" führen, d. h. jener Verbindungen von Fabrikanten, Bergwerksbesitzern, Gasgesellschaften, Großkaufleuten 2c., welche durch freiwilligen Verzicht auf Mitbewerb untereinander die Preise ihrer Waaren zu befestigen, oder zu steigern suchen, — so sind diese Menschen in gutem Recht. Denn sie sind es, die in erster Reihe darunter leiden. — Aber wenn die Zunft-Arbeiter über diese „Trusts" heulen und zetern, so haben sie kein Recht dazu. Denn sie werden nur an dem gestraft, woran sie gesündigt haben. Sie sind es, welche zu der Vernichtung des freien Mitbewerbs durch Verabredung zu gemeinsamem Auftreten dagegen, ja sogar durch rohe Gewaltthaten, das Losungswort ausgegeben haben. Die Zunftgesellen, die Handwerksgenoten mit ihren „Trades Unions" und Ritterorden sind die Lehrmeister der „verruchten Kapitalisten" gewesen, und diese machen ihnen jetzt nur nach, was die Gesellen ihnen vorgemacht haben."

Darauf bemerkt unser obengenanntes Bruderorgan sehr richtig:

„Raster möge sich gesagt sein lassen, daß höchstens die ignorantesten unter den „Zunftarbeitern" über die Trusts „heulen und zetern"; daß aber die aufgeklärten Arbeiter in denselben lediglich die nothwendige Vorbedingung für die Umwälzung des kapitalistischen Systems erblicken und sie in diesem Sinne willkommen heißen. Ueberdies ist der Vergleich zwischen Union und Trust oberfaul. Wenn die Arbeiter sich verbinden, so geschieht es zu dem Zweck, einen größern Antheil an dem ihnen vorenthaltenen Arbeitsertrag zu bekommen. So viel sie auch dabei erlangen mögen, erhalten sie noch immer nicht den vollen Ertrag ihrer Thätigkeit. Ihre Kombinationen haben also nicht den Zweck, Jemand zu berauben, sondern ihnen zu sichern, was ihnen von Rechtswegen zukommen soll. Bei den kapitalischen „Kombines" ist es aber gerade umgekehrt. Sie gehen darauf aus, einestheils die Arbeiter, anderntheils die Konsumenten zu schöpfen. Das ist der Unterschied." —

Als eine Illustration dazu mögen folgende Zahlen dienen, welche in Bezug auf einen „Trusts" bekannt geworden sind, den die Ofengießereibesitzer drüben — dieselben Menschenfreunde, die vor Jahresfrist ihre Arbeiter durch einen Lockout aushungerten — behufs intensiver Ausbeutung des Publikums zu errichten beschlossen haben. Dank demselben wollen sie jährlich sparen:

An neuen Modellen	Doll. 1,000,000
An Katalogen und Drucksachen	250,000
An Ausgaben für Reisende	1,500,000
Durch Abschaffung von Agenturen	250,000
An Frachten	200,000
An schlechten Schulden	100,000
Zusammen per Jahr	Doll. 3,300,000

Was aus den Reisenden, Agenten und Modellirkünstlern werden soll, die außer Beschäftigung kommen, das kümmert natürlich die Ofenkönige nicht.

— **Ein interessantes Dokument** zur Geschichte der ökonomischen Entwicklung ist ein vor Kurzem der in Newyork tagenden Untersuchungskommission in Sachen der „Trusts" vorgelegter Kontrakt, welcher im Jahr 1882 unter den verschiedenen Oel-Kompagnien von Pennsylvanien, New-Jersey und New-York abgeschlossen wurde, und nach dessen Bestimmungen die gegenwärtig das Oelgeschäft beherrschende „Standard Oil Company" gegründet wurde.

„Dieser Kontrakt", schreibt die „New-Yorker Volkszeitung", war thatsächlich der erste bedeutende Schritt auf dem Wege zur Monopolisirung und Abschaffung der „freien Konkurrenz", auf dem wir seitdem so reißend rasch vorwärts getrieben worden sind.

„Das betreffende Uebereinkommen wurde von über vierzig einzelnen Kompagnien und über fünfundvierzig Individuen, welche Oel-Quellen eigneten, abgeschlossen, zu dem Zwecke, das ganze Oel-Geschäft des Landes unter einen Hut zu bringen, die Konkurrenz der einzelnen Unternehmer unter einander abzuschaffen und dadurch die Macht zu gewinnen, die Preise nach Willkür zu bestimmen.

„Die einzelnen Bedingungen dieses Uebereinkommens sind sehr interessant. Die geschäftliche Selbstständigkeit der verschiedenen Korporationen und Individuen, welche am Trust theilnehmen, wird insofern nicht zerstört, als jeder Einzelne eine, dem Werthe seines Geschäftes entsprechende Anzahl Aktien bekommt und auch in allen inneren Verwaltungs-Angelegenheiten vollständig freie Hand behält. Der von sämmtlichen

Theilnehmern erwählte Verwaltungs-Rath, resp. in letzter Instanz die Versammlung sämmtlicher Aktionäre, behält sich nur insofern die oberste Kontrolle vor, als durch sie die Preise, die Produktion geregelt und jedem einzelnen Mitgliede des Trusts sein Antheil am Geschäft bestimmt wird.

„Dieser ökonomische Riesenorganismus besteht nun seit sechs Jahren in voller Blüthe und es ist noch keinem Gesellschaftsretter im Traume eingefallen, demselben kommunistische Tendenzen vorzuwerfen. Auch hört man seitens der einzelnen Glieder desselben keine Klagen über den „Despotismus", welchen er über sie ausübt.

„Und doch sind in einer solchen Organisation wie die der „Standard Oil Kompagny" alle Prinzipien des manchesterlichen Individualismus und der „freien Konkurrenz" auf's Gröbste verletzt. Die Idee der planmäßigen Produktion, welche, wenn sie die Sozialisten befürworten, als „Utopie" verschrieen wird, ist hier in vollstem Umfange verwirklicht. Mit einem Worte, — in der Erscheinung der Trusts sehen wir heute schon alles das, was in der sozialistischen Lehre von ihren Gegnern als unmöglich oder „freiheitswidrig" beanstandet wird. Der Unterschied ist nur der, daß die Trusts, wie sie gegenwärtig bestehen, nur Denjenigen zu Gute kommen, welche in den betreffenden Industrie-Branchen nicht wirklich arbeiten, während die sozialistische Organisation der Produktion Produzenten wie Konsumenten zu den Eigenthümern des Ganzen machen würde."

Das Letztere ist eben gerade das „Unmoralische" beim Sozialismus.

— Folgende **beherzigenswerthe Mahnung** geht uns aus München zu:

Die letzten Haussuchungen haben ein irgendwie gravirendes Material nach keiner Richtung hin ergeben. Wo nichts ist, kann eben auch die findigste Polizeinase nichts ausspüren. Zur Darnachachtung für die Genossen möchten wir bei der Gelegenheit aber doch auf eine Gewohnheit hinweisen, die ebenso verbreitet als überflüssig und unter Umständen sogar gefährlich ist. Wir meinen nämlich das Aufbewahren alter, überflüssig und zwecklos gewordener Drucksachen. So wurden auch hier bei einem Genossen eine große Masse von Wahlflugblättern beschlagnahmt, von denen sich wirklich nicht sagen läßt, zu welchem Zweck sie bis jetzt aufgehoben wurden. Zunächst hat das freilich keine schädliche Wirkung, denn daß die Blätter schreiben, man habe eine Wagenladung verbotener Schriften beschlagnahmt, kann gleichgiltig sein. Für einen späteren Prozeß ist es aber nicht gleichgiltig, wenn in der Anklage darauf hingewiesen werden kann, daß man bei dem Angeklagten ein Lager verbotener Schriften zu der und der Zeit beschlagnahmt habe. Es ist das immer ein in's Gewicht fallendes Indizium, und wir haben doch wahrlich keine Ursache, in solcher Weise das Material zu unseren Prozessen selbst zusammen zu schleppen. Ein Wahlflugblatt hat mit der Wahl seinen Zweck erfüllt und, was davon nach der Wahl noch übrig ist, kann getrost in den Ofen wandern. Die ausnahmsweisen Zustände, unter denen wir uns befinden, erfordern eben ausnahmsweise Vorsichtsmaßregeln.

— In unserm zweiten Artikel haben wir der 1849 verübten **Standrechteleien in Baden** gedacht. Hier noch ein Beispiel, wie dabei verfahren wurde. Wir entnehmen es der schon erwähnten Schrift von Bernhard Becker „die Reaktion ꝛc.":

„An diesem 13. August wurde als erster Adolf von Trützschler dem neuen Kriegsgericht vorgeführt. Adolf von Trützschler stammte aus einer angesehenen Adelsfamilie Sachsens. Es war ein junger Mann, war als Assessor im Appellationsgericht in Dresden beschäftigt, als ihn das obere Voigtland zum Abgeordneten nach Frankfurt wählte. Er saß auf der äußersten Linken und hielt bis auf den letzten Mann im Parlament aus. Als der badische Aufstand losbrach und die Führer desselben im Namen der Reichsverfassung auftraten, ging Trützschler nach Baden. Am 19. Mai erließ der badische Landesausschuß einen Aufruf an das deutsche Volk und einen zweiten an die deutschen Soldaten, in welchem gesagt war, daß die Mitglieder der deutschen Nationalversammlung in Frankfurt, von Trützschler, Raveaux und Erbe, den Schutz des badischen Volkes für die Nationalversammlung gegen die zum Umsturz der Reichsverfassung verbündeten Mächte verlangt hätten, weshalb Volk und Soldaten aufgefordert würden, sich gegen die Feinde der Reichsverfassung, die Feinde der deutschen Freiheit und Einheit, zu erheben. Diese beiden Aufrufe erschienen, als gleichzeitig von dem badischen Landesausschuß und den genannten Mitgliedern des Parlaments erlassen und von ihnen unterzeichnet, in den öffentlichen Blättern. Wenige Tage später ernannte der Landesausschuß von Trützschler zum Zivilkommissar der Stadt Mannheim und zum Regierungs-Direktor des Unterrhein-Kreises. Nur in diesen Stellungen hat er an dem badischen Aufstande theilgenommen und — wie ihm widerwillig genug bezeugt werden mußte — mit größter Gewissenhaftigkeit und nicht zum Schaden des Landes.

Das war die ganze Anklage, welche gegen Trützschler erhoben wurde. —

Trützschler wurde aufs beste von Küchler vertheidigt. Am Tage des Standgerichts kam von den Pachtgütern Trützschler's eine Bittschrift nach Mannheim: Alt und Jung, Männer und Weiber, Knechte und Mägde baten und bettelten für das Leben ihres geliebten, wohlwollenden Herrn. Die Bittschrift wurde augenblicklich durch einen besonderen Eilboten, Bedienten der Trützler'schen Familie nach Karlsruhe geschickt. Noch während der Sitzung des Standgerichts brachte der Eilbote zitternd und weinend die Antwort — ein kaltes, unbarmherziges Nein!"

— **In der letzten Nummer unseres New-Yorker Parteiorgans**, der „Sozialist", befindet sich eine interessante Enthüllung über die Entstehung des Programms der „Knights of Labor". Es geht daraus hervor, daß der Gründer des Ordens, der alte Stephens, bei einem Besuche Londons mit J. G. Eccarius, dem Verfasser von „Der Kampf des großen und kleinen Kapitals" und „Eines Arbeiters Widerlegung der ökonomischen Lehren John Stuart Mills" zusammentraf und von diesem ein Exemplar des „Kommunistischen Manifest's" erhielt. „Dies Manifest" — sagte Stephens — „hatte ich vorher nie gesehen, aber es drückte ungefähr Alles aus, was ich mir in meinem Kopfe zurechtgelegt hatte und ich benutzte es beim Entwurf der Prinzipienerklärung, welche noch jetzt vom Orden anerkannt und hochgehalten wird."

Daraus erklären sich auch die sozialistischen Züge, welche in der Platform der „Knights" erscheinen und die in Folge der etwas konfusen Gedanken-Entwicklung von Stephens eine verschwommene Gestalt angenommen haben.

„Also das war des Pudels Kern", schließt der Verfasser des betreffenden Artikels, „das kommunistische Manifest war die Grundlage und der Anstoß für die Aufstellung des Programms der Knights of Labor gewesen! Von Tausenden von Knights weiß dies natürlich kaum Einer, und wenn sie es wüßten, sie würden nicht davon reden, denn der kommunistische Name, der Geruch des Sozialismus ist ihnen noch immer nicht genehm, und aus dem Ideal des alten Stephens, aus einem sozialistischen Propaganda-Apparat, wie er für die hiesigen Verhältnisse nicht viel besser hätte geschaffen werden können, haben elende Schwächlinge und selbstsüchtige Streber, die heute das Andenken des alten Stephens mit Füßen treten und über seine „Marotten" lachen, eine Maschine gemacht, die weder kampffähig, noch auf die Dauer zur Widerstandsleistung gegen die kapitalistische Räuberbande geeignet ist. Aber trotzdem war das kommunistische Manifest das Senfkorn, aus welchem der Baum des weitverzweigten Ordens emporgewachsen ist und wer weiß, was noch aus ihm Gutes werden kann, wenn nur alle Sozialisten sich bestreben wollten, innerhalb der Lokal-Assemblee's, denen sie angehören, im Sinne des Manifestes weiterzuwirken."

— Ueber einen seltenen Beweis **internationaler Solidarität** lesen wir im Chicagoer „Vorbote":

„Aus Havanna, der kubanischen Handelsstadt, ist folgendes Schreiben hier eingetroffen, welches beweist, daß das Solidaritätsgefühl unter den Arbeitern aller Nationen, bei den Unterdrückten unter allen Breitengraden, mächtige Fortschritte macht:

„An die Familien unserer geliebten Genossen August Spies, Albert Parsons, Adolf Fischer, Georg Engel und Louis Lingg, sowie an unsere in Joliet eingekerkerten Brüder Michel Schwab, Samuel Fielden und Oskar Neebe!

Herzlichen Gruß!

Wir, die Arbeiter der Insel Cuba, glauben, daß Spies, Parsons, Fischer, Engel, Lingg, Schwab, Fielden und Neebe treue und aufrichtige Freunde des arbeitenden Volkes gewesen sind. Wir glauben, daß sie für die wirthschaftliche Befreiung der Arbeiter auf dem ganzen Erdenrund Leben und Freiheit geopfert haben. Wir glauben, daß sie sich nur durch ihre Ehrlichkeit und Fähigkeit den Haß der kapitalistischen Klasse zugezogen haben. Wir glauben, daß die Richter, die Geschworenen und die Belastungszeugen in dem Monstre-Prozeß bloße Werkzeuge der Geld-Aristokratie gewesen sind, und daß die am 11. Nov. 1887 erfolgte Hinrichtung unserer Genossen der verabscheuungswürdigste Mord war, der je in irgend einem Theile der zivilisirten Welt begangen worden ist.

Aus allen diesen Gründen beschlossen wir, am 11. November 1887 zu Havanna in Masse versammelt, einen Fond unter dem Volke für die Unterstützung der Familien unserer gemeuchelten und eingekerkerten Genossen aufzubringen, der jetzt auf 955 Doll. angeschwollen ist, zu welcher Summe 4372 Arbeiter beigesteuert haben. Empfangen Sie, zugleich mit dieser Beisteuer, den Ausdruck unseres aufrichtigen Beileids und die Versicherung, daß wir die Namen Spies, Parsons, Fischer, Engel, Lingg, Schwab, Fielden und Neebe in die Reihe der uneigennützigsten Märtyrer der Freiheit stellen.

Havanna, 20. Januar 1888.

Das Unterstützungs-Komite.
Gezeichnet: Ramon Rocha,
J. C. Campos.

Die eben erwähnte Summe ist vorgestern hier eingetroffen und der Empfang wird hiermit von Herrn Georg Engelhardt, dem zeitweiligen Stellvertreter des Hülfs-Schatzmeisters Frank A. Stauber, bescheinigt."

Achtung vor solcher Opferwilligkeit, die um so höher anzunehmen ist, da die Arbeiter der Havanna durchaus nicht auf Rosen gebettet sind.

— **Aus Norwegen.** Bergen, 2. März. Wie der Dampf auch in der Schiffahrt mehr und mehr „Hände überflüssig macht", zeigt folgende, vor Kurzem publizirte Schiffahrtsstatistik für Bergen, welches in der Rhederei bei uns die Hauptrolle spielt, da beinahe die Hälfte aller Schiffe in Norwegen auf Bergen entfallen.

Die Summe aller Segelschiffe belief sich

1884	auf 356	mit	einer Tragfähigkeit	von 47,933	Tonnen,
1887	„ 303	„	„	„ 39,416	„
1888	„ 285	„	„	„ 34,346	„

Dagegen betrug die Zahl der Dampfschiffe

1884	128	mit	8358 Pferdekr.	und	51,184	Tonnen Tragkraft
1887	144	„	8297*)	„	„ 55,416	„ „
1888	150	„	9507	„	„ 59,501	„ „

Wie in der Industrie und dem Ackerbau, so übernimmt auch auf dem Gebiete des Transportwesens die Großproduktion die Herrschaft und nehmen die Produktionsmittel, um diese Bezeichnung zu gebrauchen, riesenhafte Dimensionen an. Der Privatbesitz an diesen Produktionsmitteln, der, wie aus dem Verzeichniß der Rhedereifirmen hervorgeht, sich auch in immer weniger Händen konzentrirt (d. h. die Anzahl der einer Gesellschaft gehörenden Schiffe nimmt in demselben Maße zu, wie die Anzahl der Gesellschaften abnimmt), dieser privatkapitalistische Betrieb wirft die bisher auf den Segelschiffen beschäftigten Matrosen in den Konkurrenzkampf mit den andern, und die Folge davon ist natürlich ein Sinken der Löhne.

Daß es dem, auf den großen Ostindien- und Amerika-Dampfern beschäftigten norwegischen Schiffsvolk traurig genug geht, erhellt aus der Masse von Desertionen desselben auf andere, meist englische Schiffe. Schlechte Kost und miserable Bezahlung im Verein mit hundemäßiger Behandlung zwingen die gepeinigten Proletarier der See, bei erster bester Gelegenheit das Weite zu suchen. Im Gegensatz dazu ist zu konstatiren, daß die Dividenden der Aktien von Dampfschiffgesellschaften ganz beträchtlich gestiegen sind. Es ist dasselbe Phänomen, das sich überall zeigt, wo die privatkapitalistische Produktion herrscht: beständig abwärts gehender Lohn, beständig aufwärts gehender Kapitalgewinn, den die Hyänen der heutigen Gesellschaft unter sich vertheilen.

Und bei alledem ist die Bevölkerung so grauenhaft unwissend und ergeben, daß sie diese in die Augen springenden Mißverhältnisse stoischen Sinnes ignorirt. Zu verwundern ist es freilich nicht, sorgt doch ein raffinirtes Pfaffenthum dafür, daß die — Religion dem Volk erhalten bleibt. Wie lange noch? Dem unermüdlichen Arbeiten der Sozialisten ist es gelungen, in Gestalt eines — wenn auch nur zehnstündigen — Normalarbeitstages und eines Arbeiterschutzgesetzes die ersten Siege über die unbeschränkte Herrschaft des Ausbeuterthums nach etwa fünfjähriger Agitation zu erringen. Bald wird wohl auch das allgemeine Stimmrecht, und diesem das direkte Stimmrecht folgen. Viel ist es nicht, aber aller Anfang ist schwer. Man weiß, daß der Bauernschädel, welchem wir hier oben den Sozialismus einzutrüfeln haben, von je der herrschenden Klasse festestes Bollwerk war, und dessen sind sich die Seelensorger und Seelenfänger wohl bewußt. Mit Rücksicht darauf hat denn auch die Kommission, welche mit einer Revision des Schulwesens betraut war, als ersten und obersten Grundsatz eines neuen Schulgesetzentwurfes aufgestellt: der Religionsunterricht soll das Hauptfach bilden! Ja, ja:

Die radikale Rotte
Weiß nichts von einem Gotte.
— — — — — — — —
Der sinnliche Rattenhaufen,
Er will nur fressen und saufen,
Er denkt nicht, während er saust und frißt,
Daß unsere Seele unsterblich ist.

Im politischen Treibhause blühen auch recht nette Pflänzchen. Seit dem 17. Februar sind wir schon ohne Regierung, und doch segelt das Staatsschiff ganz munter weiter. Von dem Ministerium, welches nach dem Grundgesetz aus zwei Ministern (einem norwegischen und einem schwedischen) und sieben Staatsräthen bestehen soll, sind drei — liberale — Staatsräthe durch die Manipulationen der — christlichen Zentrumsmänner, die der Pfaffe Lars Oftedal aus Stavanger regiert, „atmosphärisirt" worden. Oftedal hat mit seinen Leuten, zu denen auch der Vetter des Staatsministers, Jakob Sverdrup, zählt, mit 1, sage und schreibe: einer Stimme Majorität ein Kirchengesetz durchgedrückt, welches den Pfaffen ziemlich uneingeschränkte Herrschaft gewährt.

Darüber ärgerten sich natürlich die von dem Zentrum im Bündniß mit den Konservativen „eingewickelten" Liberalen, und sie verlangten, daß Jakob Sverdrup gegangen werde, aber sein Oheim, Johann Sverdrup, Exzellenz, erkannte mit gewohntem diplomatischem Adlerblick die Nothwendigkeit, daß — die Religion dem Volke erhalten bleibe, und so ließ er lieber die drei Liberalen abmarschiren, als daß sein Brudersohn die 12,000 Kronen jährlich einbüße.

Johann Sverdrup wird nun von den Liberalen gehörig zwischen die Scheeren genommen. Sie interpellirten ihn bis auf — die Knochen, und da gerade in der Interpellationszeit das Jägerkorps sein hundertjähriges Stiftungsfest mit solenner — Soiree, glaube ich, nennt man das in Hofkreisen, gewöhnliche Leute bezeichnen es einfach mit Kneiperei, feierte, so geschah es, daß Exzellenz einen ganz gehörigen K—rampfartigen Gichtanfall bekam, und deshalb in einer abgelesenen Rede um Aussetzung der Beantwortung der Interpellation bat.

Sonderbarerweise hat sich bis jetzt nur Einer, ein Oftedöler, gefunden, der in's Ministerium eintreten will; zwei Plätze sind noch unbesetzt. Wir leben jetzt also in einer Zeit, wo die Portefeuilles wie saures Bier ausgeboten werden, und Keiner sich findet, der haben will.

Unsere „bessere" Gesellschaft macht sich.

A. Ruben.

Die Regierung ist grundgesetzmäßig unvollständig zusammengesetzt; das konnte aber unser Lagthing (der gesetzgebende Theil des Storthings) nicht hindern, den Tabakzoll um 50 Oere (60 Pfenning) pro Kilogramm zu erhöhen, wodurch dem Staatssäckel angeblich 900,000 Kronen zufallen sollen. Wie viel wirthschaftliches Elend aber diese Summe anrichtet, darum kümmert sich das edle Lagthing den Teufel!

*) Die scheinbare Abnahme erklärt sich aus dem Umstand, daß für 5 Dampfer die einschlägigen Mittheilungen fehlen.

Korrespondenzen.

Reichenbach i. V. Von Zeit zu Zeit mag auch aus unserem Kreise ein kleiner Bericht gestattet sein. Haben wir auch bis jetzt noch nicht von dem großstädtischen Geheimpolizei- und Lockspitzelthum Schandthaten zu berichten, so müssen wir immerhin auf der Hut sein, da Elemente trauriger Natur sich überall einzunisten suchen.

Im Allgemeinen läßt der Parteistand im Kreise zu wünschen übrig, wie es wohl den meisten, aus einer großen Zahl Orte — hier über 120 — bestehenden Kreisen ergeht. Armuth, geistige Trägheit, vorzüglich aber die wirthschaftliche Abhängigkeit lähmen die Aktionsfähigkeit. Umsomehr anerkennen wir die Rührigkeit einzelner Städte im nordwestlichen Theil unseres Kreises, woselbst es lebhaft vorwärts geht.

Wem durch die jetzige Vertretung im Reichstag (Kurz) die Augen nicht geöffnet werden, kann überhaupt nicht sehen. Kurz hat ja zur Verschärfung auch geredet und gezeigt, daß ihm alle Regierungsmaßnahmen noch zu kurz waren. Dafür ist der Mann eben auch sächsischer — Richter!

Unsere „Patrioten" verhalten sich angesichts der allgemeinen Lage ziemlich ruhig und beschränken sich darauf, ihrer Gewohnheit gemäß durchreisende Fürstlichkeiten am Bahnhof anzuhochen.

Daß aber die allerwärts kranken Majestäten auch daran keinen Gefallen mehr finden, zeigte sich am 5. März, Vormittags 9 Uhr, woselbst das sächsische Königspaar, nach dem Süden reisend, hier ankam. Entblößten Hauptes standen die getreuen „Patrioten" und erwarteten unterthänigst das Aussteigen. Von alledem erfolgte nichts, auch nicht ein Wink oder Blick vom Fenster. Der Zug dampfte ab. Die „Patrioten" bedeckten sich und gingen heim. Eine so heilsame Douche von solcher Seite wird ihnen zu gönnen sein.

Zur Beachtung.

Aus **Leipzig** erhalten wir die Mittheilung, daß die **im Bund mit den Innungsmeistern** arbeitende Polizei einen neuen Streich gegen die Steinmetzgehilfen geführt und gegen die Mitglieder des aufgelösten Fachvereins einen — Geheimbundsprozeß eingeleitet hat. Näheres über dieses skandalöse Vorgehen zu Gunsten einer ohnehin privilegirten Kaste in nächster Nummer. Für heute nur der dringende Appell an die Arbeiter allerorts, nach Kräften **Zuzug von Steinmetzgehilfen nach Leipzig fernzuhalten.**

Löschung.

Man ersucht uns, eine Legitimitationskarte auf den ausgewiesenen Maurer

R. Krüger aus Niederbarnim

als **erloschen** zu erklären, da dieselbe von dem Genannten verloren wurde.

Bis zum Widerruf ist jeder dieselbe etwa Präsentirende als Schwindler zu behandeln und ihm die Karte abzunehmen.

Briefkasten

der Redaktion: Briefe und Einsendungen ꝛc. sind eingetroffen aus Brüssel, Darmstadt, Dresden, Hannover, Neisse, Paris, Pegau, Winterthur. — F. L-r. in London: Eingesandt erst in nächster Nr.

Für die Denkschrift erhalten: Einsendungen aus Burg bei Magdeburg, Hannover, 9. hannöverischer Wahlkreis Stuttgart.

der Expedition: Philo: Fr. 1 85 irrig als „Vorschuß auf Schftlfrg. „dunnemals" vorgemerkt worden und jetzt a Cto Ab. 2. Qu. eingerenkt. Liefern Ausgebliebenes u. nehmen Absolution wie Beil. dkd. entgegen. Gruß! — C. G. Port-Alegre: Fr. 30 — Ab. pr. 88 u. Fr. 5 — pr. Ufd. dkd. erh. R. T. erscheint nicht mehr. — Foy: Mk. 1 20 f. Schft. erh. Sdg. abg. — Dtschr. Gesangsclub „Männerchor" Paris: Fr. 11 — Ertrag einer Tellersammlung bei einer Abendunterhaltung pr. Ufds. dkd. erh. — P. Stg.: Mk. 50 — a Cto Ab. ꝛc. erh. Adr. u. Bstllg. notirt. Bsl. mehr. — Alte Garde: Mk. 50 — a Cto Ab. ꝛc. erh. Mk. 15 — pr. Sgrch. gutgebr. Adr. notirt. Bsl. Weiteres. — F. F. R.-Uhml.: Fr. 2 — Ab. R. März 1 — Mai 31, Fr. 2 10 f. Schft. u. 90 Centimes f. d. Hafencleverfond dkd. erh. Bild später, da erst bestellt werden muß. — G. Sch. Rstl.: Fr. 3 85 Ab. 1. Qu. u. Schft. erh. Fr. 1 15 pr. Afds. dkd. verw. — Maßkrug: Mk. 100 — a Cto Ab. ꝛc. erh. — H. F. B.: Mk. 6 — a Cto Ab. 1. u. 2. Qu. erh. — Rother Holländer: Mk. 3 — Ab. 1. Qu. u. Mk. 1 60 pr. Hafencleverfond dkd. erh. Werden D. benachrichtigen u. Weiteres franco besorgen. Gruß. — Rother Exekutor: Mk. 29 — a Cto Ab. ꝛc. erh. A. B. soll erst das Alte ordnen. Bsl. Weiteres. — Dtschr. Verein Zürich: 47 Fr. f. d. Hafencleverfond dkd. erh. — Bierbauch: Nachr. v. 12. ds. erh. Gut. — Gcts. M.: Mk. 10 — a Cto Ab. ꝛc erh. Nr. 20 u. 21 gingen mit 10; 18 (D.) u. 19 müssen bei einander gewesen sein. Bsl. mehr. — Hannibal: Mk. 110 — à Cto Ab. ꝛc. erh. Adr. geordn. Bstllg. notirt. — Carl Schwarz: 100 Mk. à Cto Abon. ꝛc. erh. Näheres lt. Spezialaufstllg. Mk. 25 70 pr. Sgr. gutgebr. u. Adr. ꝛc. notirt. — Ch. Pommer Limmeira: Mk. 16 84 (Fr. 10 — Ab. pr. 87 u. Fr. 11 05 f. Schft. v. 3/5. 87) p. S. erh. Gruß! — U. F. G.: Mk. 400 — a Cto. Ab. ꝛc. erh. Bstllg. unterwegs. Mitthlg. f. M. dkd. berichtigt. — Ldkr. C. a. R.: Mk. 100 — à Cto Ab. ꝛc. erh. — Rthr. Apostel: Nachr. v. 11. erh. u. am 13/3. beantw. Bstllg. folgt — Nr. 2002: dwst. 3 — à Cto Ab. ꝛc. erh. Das ist der billigste. — Die rothen Calenberger: Bstllg. und Beil. v. 12/3. erh. Adr. geordn.

Anzeigen.

Durch Unterzeichnete ist zu beziehen:

Robert Blum.

Eine biographische Skizze.

Preis: 50 Cts. (40 Pf.)

Diese Schrift gibt eine eingehende Schilderung der Februar-Revolution in Paris und der Märzkämpfe in Berlin. Wir empfehlen dieselben allen Genossen auf's Angelegentlichste.

* * *

Kapital und Arbeit.

Eine gedrängte Darstellung der Marx'schen Lehre

von

Domela-Nieuwenhuis.

Uebersetzt von Carl Derossi.

Preis: 60 Pfg. — 75 Cts.

Zahlreichen Bestellungen sieht entgegen:

Volksbuchhandlung
und
Expedition des „Sozialdemokrat".
Hottingen-Zürich.